BFH-Leitsatz-Entscheidungen

1. InvStG 2004: Berechnung des besitzzeitanteiligen Anleger-Aktiengewinns

Urteil vom 08.05.2024, Az: I R 6/20

2. Körperschaftsteuer: Auszahlungen an Mitglieder infolge Herabsetzung des genossenschaftlichen Geschäftsanteils werts

Urteil vom 08.05.2024, Az: I R 37/21

3. Einkommensteuer: Verlust aus Darlehensverzicht

Urteil vom 18.06.2024, Az: VIII R 25/23

Urteile und Beschlüsse:

1. InvStG 2004: Berechnung des besitzzeitanteiligen Anleger-Aktiengewinns

Urteil vom 08.05.2024, Az: I R 6/20

1. Bei der Ermittlung des besitzzeitanteiligen Anleger-Aktiengewinns ist der nach § 8 Abs. 3 Satz 1 bis 3 des Investmentsteuergesetzes 2004 (InvStG 2004) ermittelte Wert auch dann nach § 8 Abs. 3 Satz 4 InvStG 2004 zu kürzen, wenn im Vorjahr § 8 InvStG 2004 noch nicht anwendbar gewesen ist.

2. Die Berücksichtigung des Korrekturbetrags nach § 8 Abs. 3 Satz 4 InvStG 2004 setzt nicht voraus, dass in den vorangegangenen Jahren tatsächlich eine außerbilanzielle Korrektur in entsprechender Höhe stattgefunden hat.

3. Eine außerbilanzielle Kürzung infolge einer Teilwertzuschreibung von Investmentanteilen nach § 8 Abs. 2 InvStG 2004 i.V.m. § 8b Abs. 2 Satz 3 des Körperschaftsteuergesetzes (KStG) scheidet aus, wenn in früheren Jahren eine steuerwirksame Abschreibung auf den niedrigeren Teilwert stattgefunden hat und diese bisher nicht durch den Ansatz eines höheren Teilwerts ausgeglichen worden ist (§ 8b Abs. 2 Satz 4 KStG).

2. Körperschaftsteuer: Auszahlungen an Mitglieder infolge Herabsetzung des genossenschaftlichen Geschäftsanteils werts

Urteil vom 08.05.2024, Az: I R 37/21

Auszahlungen an die Mitglieder einer Genossenschaft infolge der Herabsetzung des Geschäftsanteils werts sind eine "Leistung" im Sinne von § 38 Abs. 1 und 2 des Körperschaftsteuergesetzes , die zu einer Körperschaftsteuererhöhung führen kann.

3. Einkommensteuer: Verlust aus Darlehensverzicht

Urteil vom 18.06.2024, Az: VIII R 25/23

Der vertragliche Rückzahlungsanspruch des Darlehensgebers als sonstige Kapitalforderung wird gemäß § 52 Abs. 28 Satz 16 des Einkommensteuergesetzes mit dem wirksamen Zustandekommen des Darlehensvertrags "begründet".